

Der Thurgau will das Land kaufen

Die Kantonsregierung will das Entwicklungsprojekt Wil West selber vorantreiben. Noch in diesem Jahr müssen die Würfel fallen.

Silvan Meile

Die Thurgauer Regierung ist bereit, das Projekt Wil West in die eigenen Hände zu nehmen. Nach Gesprächen mit den Amtskollegen aus St. Gallen möchten die Thurgauer Land vom Nachbarkanton abkaufen. Es geht um zwei Grundstücke mit einer Gesamtgrösse von 124 000 Quadratmetern, welche einst vom Gutsbetrieb der psychiatrischen Klinik Wil bewirtschaftet wurden und im Besitz des Kantons St. Gallen sind. Sie liegen auf Thurgauer Territorium.

Das Signal aus dem Thurgau ist klar: Die bauliche Entwicklung und die Nutzung des Areals sollen auf der Grundlage der jahrelangen Planungen weitergeführt werden. 3000 Arbeitsplätze für gut qualifiziertes Personal sind auf dem Grenzgebiet der beiden Kantone angedacht. Das schrieb sich der Kanton St. Gallen in sein Pflichtenheft. Im vergangenen Jahr stoppte sein Stimmvolk dieses Vorhaben jedoch, als es einen Kredit von 35 Millionen zur eigenen Erschliessung und Vermarktung des Areals ablehnte.

Volksabstimmung vermeiden

Nun will der Thurgau den Ball aufnehmen. Zu welchem Preis der Kanton das Areal als Bauland kaufen könnte, steht gemäss Baudirektor Dominik Diezi noch nicht fest. Abgemacht sei, dass «zwei renommierte Büros den Preis schätzen und wir den Mittelwert» bezahlen.

«Eine Volksabstimmung ist gemäss Kantonsverfassung nicht vorgesehen», betont Diezi. Eines hat Wil West in beiden Kantonen gemeinsam: Es befindet sich an der Peripherie. Auch daran ist es im Kanton St. Gallen an der Urne gescheitert. Im Kanton Thurgau ist dieses Problem



Blick auf das Land am Stadtrand von Wil, das erschlossen werden soll.

Bild: Hanspeter Schiess

nicht kleiner. Der Kauf des Landes würde über den Finanzhaushalt ins Finanzvermögen abgewickelt werden, macht Diezi deutlich. Dafür reiche die Zustimmung des Grossen Rates. Und auch eine Volksabstimmung über einen Erschliessungskredit, wie sie im Nachbarkanton gescheitert ist, sei im Thurgau nicht notwendig. «Wir werden das Areal nicht selber entwickeln», sagt Diezi. Entsprechende Aufträge würden an Firmen vergeben. Über Vorschriften könnte der Kanton als Landbesitzer aber weiterhin die qualitativen Anforderungen für die Ansiedelung hochhalten.

Der Landkauf vereinfacht das Projekt

Thurgauer Politiker zeigen sich offen gegenüber diesen Plänen.

Um einem Kauf tatsächlich zustimmen zu können, müsste man aber alle Bedingungen kennen und eine politische Diskussion führen, sagt Stephan Tobler, Fraktionspräsident der SVP. Dabei soll auch die Frage aufgeworfen werden, ob eine derartige Investition tatsächlich ohne Volksabstimmung getätigt werden kann und soll.

«Wir stehen dem Vorhaben des Kantons positiv gegenüber, das Land zu übernehmen», sagt Anders Stokholm, Fraktionschef der FDP. «Es ist eine gute Möglichkeit, sich im wirtschaftlichen Wettbewerb zu positionieren und Ansiedelungen zu steuern.» Wenn alles in einer Hand liege, reduziere das auch die Komplexität. Eine grosse Herausforderung sei die Kommunikation, um die Vorteile der Bevölkerung

zu erklären, sagt Iwan Wüst, Chef der EDU-Fraktion.

«Wir sind vorsichtig befürwortend», sagt Stefan Leuthold von der GLP. Interessenten für Ansiedelungen gebe es bestimmt. «Wir würden das Projekt aber gerne etappiert realisieren, um laufend auf Bedürfnisse von Investoren reagieren zu können und dabei sorgfältig mit dem Land umzugehen.»

Scheitert es bereits am Landverkauf?

Noch stehen einer Übernahme des Landes durch den Thurgau aber Hürden im Weg. Zwar ist die St. Galler Kantonsregierung bereit, die Grundstücke zu verkaufen. Auf beiden Seiten braucht es aber mindestens die Zustimmung des Kantonsrats. Scheitern könnte es bereits

darin, dass die St. Galler Parlamentarier nicht bereit sind, das Land herzugeben. Dort diskutiert die Politik kontrovers. Etwa die SVP und Links-grün sehen den Volkswillen missachtet, falls das Projekt nach dem Nein des St. Galler Stimmvolkes nun einfach durch den Kanton Thurgau vorangetrieben wird. «Die Mehrheiten sind unklar», sagt Diezi. Auch in einigen der 23 Standortgemeinden der Regio Wil West ist die Euphorie verpufft. Sechs Gemeinden unterstützten kürzlich einen gemeinsamen Appell an die beiden Kantone nicht, das Projekt weiter voranzutreiben.

Es bleibt nur noch Zeit bis Ende Jahr

Ausserdem drängt die Zeit. Für das Projekt Wil West müssten

die Baumaschinen 2025 auffahren, damit der Bund das Aggloprogramm mit den zugesicherten 130 Millionen Franken unterstützt, sagt Diezi. «Deshalb muss für uns bis Ende dieses Jahres bekannt sein, ob wir das Land kaufen können.» Sonst sei für den Thurgau das Projekt nicht mehr länger zu halten. Gleichzeitig fordern Grüne, SP und SVP im Kanton St. Gallen eine Volksabstimmung über den Landverkauf, was das Projekt zusätzlich blockieren würde.

Die Idee des grossen Wirtschaftsareals gründet auf dem Wunsch eines Autobahnanschlusses im Westen der Stadt Wil. Damit sollte die Verkehrssituation im Zentrum entlastet werden. Der Bund forderte aber gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung des betroffenen Gebiets.

Diezi betont, dass die Gebäude auf dem Areal CO₂-neutral geplant seien. Dennoch müsse das Projekt noch nachhaltiger werden. Luft nach oben sieht er bei der Kommunikation. Zusätzliches Vertrauen könne etwa geschaffen werden, indem einerseits aufgezeigt werde, dass 23 Gemeinden der Regio Wil verbindlich kein neues Bauland einzonen dürfen. Andererseits soll geprüft werden, wo Bauland als teilweise Kompensation ausgesetzt werden kann. Die Bevölkerung wünsche sich wohl auch Aussagen, für welche Firmen das Gebiet tatsächlich gedacht ist. Auch das ein Punkt, den St. Galler Stimmberechtigte vermissten.

Firmen mit gut qualifiziertem Personal für eine Ansiedlung in Wil West zu finden, sieht Dominik Diezi aber nicht als Problem. Komme man mit solchen gut erschlossenen Flächen in dieser Distanz zu Zürich auf den Markt, müsse man sich darüber kaum Sorgen machen.

Ueli Fisch und Nicole Zeitner führen die Wahlliste der GLP an

Thurgauer Grünliberale setzen für die Nationalratswahlen auf bekannte Namen – Entscheidung für eine Ständeratskandidatur noch offen.

Christof Lampart

Die GLP Thurgau zieht mit bekannten Kandidatinnen und Kandidaten – und in dieser Reihenfolge auf der Liste – in den Kampf um einen Sitz in Bern: Ueli Fisch, Otteberg; Nicole Zeitner, Stettfurt; Stefan Leuthold, Frauenfeld; Olivia Sommer, Arbon; Marco Rüegg, Gachnang; Christina Pagnoncini, Alterswilten.

Olivia Sommer wechselt die Seite

Auffallend, wenn auch nicht verwunderlich ist, dass bis auf Olivia Sommer alle Nominierten dem Grossen Rat angehören. Bei der Auswahl habe man nicht nur auf eine möglichst grosse politische Erfahrung und somit auf einen grossen Bekanntheitsgrad geachtet, sondern auch auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern.

So begründet Luca Dal Dosso als Präsident der Findungskommission die Evaluation am Montagabend vor 40 Mitgliedern im Gemeindezentrum Aadorf. Dies dürfte Olivia Sommer zugutekommen sein. Denn die Co-Präsidentin der Jung-GLP Thurgau ist mit Jahrgang 1996 nicht nur mit Abstand die Jüngste auf der Nationalratsliste, sondern befand sich zu Beginn des Auswahlprozesses auch in der Findungskommission, bis sie dann die Seite wechselte.

Listenverbindungen wirken als Erfolgsrezept

Parteipräsident Stefan Leuthold macht klar, dass man im Kampf um ein Nationalratsmandat nicht chancenlos sei. Aber es müsse halt alles passen. Entsprechend wolle man sich für Gespräche über Listenverbindungen mit anderen Parteien noch Zeit lassen. Ein Rezept,

von dem die Grünliberalen ausgiebig Gebrauch machen könnten, ist jenes der Unterlisten. Wahlkampfleiter Martin Wicki lässt durchschimmern, dass dies durchaus ein Mittel sein könnte, um zu den entscheidenden Stimmen zu kommen: «Wenn

wir drei bis sechs Unterlisten hätten und jede brächte uns 1 bis 2 Zehntelprozente ein, hätten wir schon bald ein zusätzliches Prozent.»

Zur Erinnerung: Bei den Nationalratswahlen 2019 erreichte die GLP im Thurgau 8,2 Prozent

der Stimmen, die Grünen kamen auf 10,6 Prozent und eroberten mit Kurt Egger ein Mandat. Stefan Leuthold fasst die vorherrschende Stimmung und Ausgangslage verhalten optimistisch zusammen: «Wir haben nicht die besten Karten von

allen und haben keinen sicheren Nationalratssitz, aber in erster Linie muss man daran glauben. Und irgendwann funktioniert es dann auch.»

Ständeratskandidatur noch offen

Noch keinen Entscheid fällt die GLP in Bezug auf eine eigene Ständeratskandidatur. Man wolle bis zu der nächsten Mitgliederversammlung Anfang Mai entscheiden. Intern werde noch abgewogen, ob eine eigene Kandidatur sinnvoll sei, so Stefan Leuthold. Die Versammlung überträgt dem Vorstand einstimmig die Kompetenz, bis zum Mai eine etwaige Ständeratskandidatur selbstständig beschliessen zu dürfen.

Unverändert gegenüber dem Jahr 2019 bleibt das Wahlkampfbudget. Die Partei darf erneut mit 63 200 Franken rechnen.



Sie streben für die GLP Thurgau im Herbst den Sprung nach Bern an: von links Ueli Fisch, Nicole Zeitner, Olivia Sommer, Stefan Leuthold, Christina Pagnoncini und Marco Rüegg.

Bild: Christof Lampart